

Hetzjagd auf UBS-Banker

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Es ist ja nicht das erste Mal, dass mit gezielten Indiskretionen, Amtsgeheimnisverrat oder Missbrauch von Insiderinformationen versucht wird, eine politische Kampagne zu entfachen. Im Falle einer börsenkotierten Bank wie der UBS sind solche Machenschaften aber als Ruf- und Kreditschädigung oder als Kursmanipulation mittels Fehlinformationen zu werten und müssten eigentlich geahndet werden. Die Presseberichte über die vermeintlichen oder tatsächlichen Bonuszahlungen der UBS stützen sich in jedem Falle auf eine dürftige Faktenlage ab. Die in der Presse hochstilisierten Zahlen wurden bisher weder von der UBS noch von der FINMA bestätigt. Es ist nicht Sache einer staatlichen Aufsichtsstelle, das Publikum über Geschäftsvorfälle zu informieren, über die noch nicht einmal eine Verfügung erfolgt ist. Es ist auch für die UBS als börsenkotiertes Unternehmen wenig sinnvoll, über Salärbeschlüsse zu kommunizieren, die dem Verwaltungsrat erst am 4. Februar 2009 zum Entscheid unterbreitet werden. Wenn sich staatliche Aufsichtsbehörden oder Geschäftsleitungen von börsenkotierten Konzernen durch Geschäfts- oder Amtsgeheimnisverletzungen oder bössartige Gerüchte provozieren lassen, dann werden die strengen Publikationsvorschriften für börsenkotierte Unternehmen zur Farce. Wer hat denn darunter zu leiden, wenn die UBS gesicherte und von der Kontrollstelle testierte Detailinformationen über das Geschäftsjahr 2008 erst an der offiziellen Pressekonferenz vom 11. Februar 2009 veröffentlicht?

Selbst wenn sich die in der Presse portierten Bonuszahlungen in Höhe von CHF 2 Mrd. als korrekt erweisen würden, dann hätte dieser Betrag in Relation zu den im Jahre 2007 bezahlten Bonifikationen von CHF 9-10 Mrd. bzw. zur Lohnsumme von CHF 25,5 Mrd. gesetzt werden müssen. Es spielt auch eine Rolle, ob diese variablen Lohnanteile in bar ausbezahlt werden oder in Form von jahrelang gesperrten Aktien mit Auflagen. Auch darüber bestehen bisher keine gesicherten Informationen. Die bisher bekannten Fakten präsentieren sich wie folgt: In den ersten 3 Quartalen 2008 sanken die Personalkosten gegenüber dem Dreivierteljahr 2007 um CHF 5,3 Mrd. auf noch CHF 13,9 Mrd., was einer Reduktion um 27,8% entspricht. Die eigentlichen Saläre und Boni nahmen sogar um 30,6% ab, obwohl der Personalbestand innert Jahresfrist nur um 5% sank und ein Grossteil dieser Abgänge während der Berichtsperiode noch voll salärwirksam war. Ohne flexible Löhne hätte die Lohnsumme nur mit Massentlassungen in diesem Ausmass gekürzt werden können. Oder anders ausgedrückt, seriöser Journalismus hätte auch die Kürzung der variablen Lohnanteile um 80% dargestellt. Keine andere der Grossbanken hat Bonus- und Salärkürzungen in diesem Ausmass vorgenommen. Im Mittel der global tätigen Finanzinstitute betragen die Boni-Kürzungen rund 45%. Keine andere Finanzmarktaufsicht dieser Welt musste auf Geheiss der Regierung auch die Saläre der unteren Kader überprüfen und die variablen Lohnbestandteile absegnen. Mit diesem Eingriff in das Tagesgeschäft übernimmt die FINMA eine grosse Verantwortung, denn sie riskiert, dass die UBS infolge Salärkürzungen wichtige Kaderleute verliert. Auch wenn jeder Mitarbeiter ersetzbar ist, sollte man nicht vergessen, dass im rentablen Vermögensverwaltungsgeschäft, Kunden sehr oft mit samt ihren Vermögen ihren Beratern zum nächsten Arbeitgeber folgen.

Es geht bei den zur Diskussion stehenden Boni nicht um Vergütungen an die Geschäftsleitung oder den Verwaltungsrat. Es ist hinlänglich bekannt, dass diese angesichts der unbestritten schwerwiegenden Managementfehler der letzten Jahre für 2008 keine Boni erhalten werden. Bereits 2007 wurde die Gesamtentschädigung der obersten Führungskräfte um 67% reduziert und keine Aktienoptionen zugeteilt. Es geht bei den in der Presse kritisierten Bonuszahlungen um variable Lohnbestandteile für die Belegschaft unterhalb der Geschäftsleistung. Die Basissaläre vieler UBS-Mitarbeiter wurden im Konkurrenzvergleich eher tief gehalten und über die Jahre kaum angepasst. Dafür nahm die variable Komponente zu. Dies gibt der UBS die Möglichkeit, die effektiven Entschädigungen in schlechten Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, massiv zu kürzen. Und die UBS hält sich auch an den Grundsatz: Je höher die Rangstufe, desto grösser der prozentuale Rückgang der variablen Vergütung. Auf höheren Hierarchiestufen ist die variable Barvergütung massiv tiefer oder fällt ganz weg. Der Schweizerische Bankpersonalverband hält in seiner Pressemitteilung „Keine Hexenjagd bitte!“ denn auch fest, dass der durchschnittliche Fixlohn von Bankangestellten in den Finanzzentren CHF 7'670 pro Monat (12 Monate) betrage, ausserhalb der Finanzplätze CHF 5'880. Die Mehrheit der Arbeitsverträge des Bankensektors beinhaltet einen fixen und einen variablen Lohnbestandteil. Diese variablen Teile, Boni genannt, betragen in der grossen Mehrheit einen Monatslohn, selten deren zwei. Der Bankpersonalverband weist auch auf die hohen beruflichen Anforderungen und die reichlichen Überstunden der Bankkader hin.

Das durchschnittliche Lohnniveau mag bei der UBS im Durchschnitt höher liegen als im Branchendurchschnitt, was vor allem auf die teils höheren Saläre im Ausland zurückzuführen ist. Dort werden nun auch wesentlich mehr Stellen abgebaut (innert Jahresfrist bis 30.9.2008: Ausland -6,1% bzw. 3'412 Personen gegenüber 3,1% bzw. 837 Personen in der Schweiz). Die UBS wird das bisherige Vergütungssystem überarbeiten und das Gesamtergebnis stärker gewichten als die persönliche Leistung oder das Spartenresultat. Aber solche grundlegenden Änderungen der Salärstrukturen lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen umsetzen. Das Financial Stability Forum (Notenbanken, Finanzministerien, Weltbank, internationale Vereinigung der Börsen etc.) brachte es entgegen den Versprechen nicht fertig, bis Ende 2008 Vorschläge für zweckmässige Salärsysteme im Finanzsektor vorzulegen. Deshalb können sich auch die FINMA und die UBS frühestens für das Geschäftsjahr 2009 auf diese neuen allgemein anerkannten Grundsätze abstützen. Möglicherweise wird auch eine Neuausrichtung der UBS viele der pendenten Salärfragen lösen, erwartet doch die Finanzindustrie weltweit einen Kapazitätsabbau um 10% bis 20%, von dem auch die UBS betroffen werden dürfte.

Ebenso deplatziert wie die undifferenzierten Angriffe auf die UBS-Belegschaft, sind die Attacken auf den Präsidenten der FINMA, Herr Eugen Haltiner. Die Vorwürfe der Befangenheit gegenüber seinem ehemaligen Arbeitgeber UBS lassen sich kaum mit Fakten untermauern. Im Gegenteil. Unter seiner Führung wurde die UBS bereits im September 2007 gezwungen, ihre Eigenmittel um CHF 10 Mrd. mit einer Kapitalerhöhung aufzustocken und den Verwaltungsrat (Herr Marcel Ospel) zu erneuern. Gegen den Willen der Grossbanken und im Gegensatz zu allen anderen wichtigen Standardsetzern weltweit hatte er auch den Mut, den Grossbanken einen höheren Eigenmittelpuffer zu verordnen. Die Angriffe auf den FINMA-Chef bezwecken wohl letztlich den Weg freizumachen, damit die Linke einer ihre Spezies in

diese Führungsposition hiefen kann, wohl in der Hoffnung, damit Zugang zu mehr politisch brisanten Insiderinformationen zu erhalten.

SP-Fraktionschefin Wyss hat am 29. Januar 2009 mit einseitig interpretierten Aussagen in einem Lokalfernsehen nicht nur das von der Kommission vereinbarte Stillschweigen bis zum Abschluss der Hearings über anstehende Finanzmarktprobleme in der Finanzkommission des Nationalrates missachtet. Sie hat auch in krasser Weise gegen das generell gültige Vertraulichkeitsgebot von Kommissionssitzungen des Eidgenössischen Parlamentes verstossen. Dass sie dabei nur Teilwahrheiten in die Öffentlichkeit brachte und damit jene Kommissionsmitglieder, die sich an die Schweigepflicht halten, in ein Dilemma bringt, war wohl Absicht. Wollen letztere nämlich die aus dem Kontext gerissenen Aussagen der Hearingteilnehmer präzisieren, dann kommen sie nicht darum herum, ebenfalls Vertraulichkeiten aus der Kommissionssitzung auszuplaudern. Die SVP hat schon mehrmals die Öffentlichkeit von Kommissionssitzungen gefordert, denn ihre Kommissionsmitglieder vertreten dort keine Meinungen, die sie nicht auch gegenüber ihrer Wählerschaft verantworten könnten. Hingegen könnte das Verhalten der Gewerkschaftsbosse bei ihrer Basis durchaus die Frage aufwerfen, warum sie weiterhin Leute an ihrer Spitze dulden soll, die Lohndrückerei und sogar Brüche von Anstellungsverträgen fordern.

Eine unverständliche Rolle spielte in der Kommunikation um die Bonusfrage auch der Bundesrat. Dass dieser Detailabklärungen an die FINMA delegiert, erscheint zweckmässig. Aber der Bundesrat trägt dennoch die politische Verantwortung und sollte sich deshalb über die geleistete Arbeit auf dem Laufenden halten. Wenn nun Justizministerin Widmer-Schlumpf am 27. Januar 2009 ankündigt, die Bonusfrage im Bundesrat zu thematisieren, weil sie wissen möchte, ob der Bonus zum Grundgehalt gehört oder ob es sich um eine Leistungskomponente handelt, dann scheint sie dieses Dossier nicht gerade tief zu kennen. Dies hinderte sie allerdings nicht daran, in der Öffentlichkeit mit ebenfalls wenig gesicherten Zahlen noch mehr Verunsicherung zu schaffen. Man wird den Eindruck nicht los, dass dies ein plumper Versuch ist, sich bei den Linken anzubiedern, um eine günstige Startposition für ein späteres Nachrücken an die Spitze des Finanzdepartements abzusichern. Auch der Ruf von Bundesrätin Leuthard, vor der UBS-Bilanzkonferenz Boni-Transparenz zu erhalten und die Löhne der Bankangestellten zu senken, überzeugt nicht, denn immerhin geht es hier um Insiderinformationen und politisch brisante Markteingriffe. „Wer zahlt, befiehlt“ greift gerade im Falle der Bundeshilfe zu kurz, denn der Bund finanziert die CHF 6 Mrd. UBS-Zwangswandelanleihe nicht mit eigenen Mitteln, denn die Passiven übersteigen die Aktiven des Bundes um CHF 87 Mrd., sondern aus jenen Geldern, die ihm wiederum Kapitalanleger via CHF 96 Mrd. (Staatsrechnung 2007) Bundesanleihen zur Verfügung stellen. Es käme wohl niemandem in den Sinn, diesen Obligationären die Kompetenz einzuräumen, den Beamten bei defizitären Staatsrechnungen die Löhne zu kürzen.

Und noch etwas. Die Hetzjagd auf die UBS hat auch sich auch im Aktienkurs niedergeschlagen. Die Gewerkschaften haben damit zahlreichen Pensionskassen ihrer Genossen Schaden zugefügt. Die gleichen Gewerkschafter werden dann schon bald wieder staatliche Sanierungsgelder für ihre Pensionskassen (Publica, SBB, etc.) fordern.